

Für geordneten Rückzug

SPD-Politiker Lars Klingbeil sprach über Afghanistan



Lars Klingbeil, SPD

Sittensen. (r/sv). In Sittensen traf sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil mit Bürgern. Motto der Veranstaltung: ZwischenWahlkreis und Afghanistan. Der Verteidigungsexperte der Sozialdemokraten sah sich zum Teil heftiger Kritik ausgesetzt und sprach sich für die Ausarbeitung eines Abzugsszenarios aus.

Klingbeil, der am 11. September 2001, als der Anschlag auf das World-Trade-Center verübt wurde, selbst in New York war, erklärte, es sei aus damaliger Sicht richtig gewesen, sich an die Seite der USA zu stellen. Er erklärte, in Afghanistan seien mittlerweile Erfolge wie wirtschaftliches Wachstum und soziale Errungenschaften zu verzeichnen. Allerdings, so Klingbeil, müsse die dortige Bevölkerung stärker einbezogen werden. Der SPD-Politiker kritisierte, Präsident Hamit Karsai spiele nicht mit offenen Karten.

Etlichen Fragen stellte sich der Abgeordnete nach seinen Ausführungen. Ein Besucher fand die Reise hiesiger Bürgermeister nach Afghanistan unangemessen. Dem widersprach der SPD-Politiker, in dessen Heimatstadt Munster sich auch ein Bundeswehrstandort befindet, von dem aus in Kürze 700 Soldaten nach Kundus entsandt werden. "Die Soldaten brauchen unsere Solidarität", konstatierte er.

Als einen Skandal bezeichnete der Sozialdemokrat die Versorgung von Hinterbliebenen der Gefallenen. Weil das Geschehen in Afghanistan offiziell nicht als Krieg bezeichnet wird, erhielten Witwen nicht die volle Rente, so Klingbeil. "Das geht nicht", sagte der Abgeordnete. Außerdem müsse die Regierung dringend ein Abzugs-Szenario erarbeiten, weil die Bundeswehr nicht ewig dort bleiben könne. "Die Verantwortung muss zurück in die Hände der Afghanen. Aber das muss geordnet geschehen."

Klingbeil ging auch auf die aktuelle Situation seiner Partei ein. Elf Jahre in Regierungsverantwortung, dann die Bundestagswahl mit dem desaströsen Ergebnis. Dies habe zu einer schwierigen Lage innerhalb der Bundestagsfraktion und der Partei geführt, so Klingbeil. Die inzwischen besseren Umfragewerte bezeichnete der Sozialdemokrat als "geliehene Stärke, weil die anderen derzeit so schwach sind".

Angesprochen auf die Lage der Kommunen sagte Klingbeil: "Schon vor dem Griechenlandpaket hat die Bundesregierung Beschlüsse gefasst, die die Kommunen an den Rand des Ruins gebracht haben. Und wir werden erleben, dass das Sparpaket größtenteils zu Lasten der kleinen Leute gehen wird. Wir fordern darum seit langem eine Finanzmarkttransaktionssteuer, damit sich auch diejenigen an der Bewältigung der Krise beteiligen, die sie maßgeblich mit verursacht haben. Darum hat sich die SPD-Bundestagsfraktion zweimal enthalten, weil dem Rettungspaket für den Euro jedes Konzept fehlt."